

Ziel: Friedenssignal aus Nürnberg

Internationale Krisenmanager treffen sich zu hochkarätiger Konferenz

MARTIN DAMEROW

Wenn Kriege enden, entstehen oft bohrende Fragen: Wer wird bestraft, wer kommt davon? Muss man für mehr Frieden weniger Gerechtigkeit in Kauf nehmen? Eine höchstkarätig besetzte internationale Konferenz will Ende Juni in Nürnberg nach Antworten suchen.

NÜRNBERG — So unterschiedlich die Hintergründe bewaffneter Konflikte auch sein mögen, früher oder später stehen alle Beteiligten vor der Situation, dass Frieden und Gerechtigkeit miteinander zu konkurrieren scheinen. Man kennt das ja: Despoten oder Anführer von Kriegsparteien unterzeichnen Friedensverträge oft nur gegen die Zusicherung einer Amnestie. In anderen Fällen (etwa im Irak) schränkt die fragile Sicherheitslage die Möglichkeit, Gerechtigkeit auszuüben, extrem ein. Die Folge: Wird niemand zur Rechenschaft gezogen, fühlen sich Opfer von Konflikten ungerecht behandelt — was die Hoffnung auf Aussöhnung und einen Frieden zunichte macht.

Günter Gloser, Staatsminister im Auswärtigen Amt, spricht von einem „weißen Fleck auf der Landkarte der Konfliktbearbeitung“. So ist der SPD-Politiker stolz, dass die Konferenz „Frieden und Gerechtigkeit“ vom 25. bis 27. Juni in Nürnberg über die Bühne gehen wird — der Stadt, in der erstmals ein internationales Strafgericht ein Urteil fällte und damit die Verbrechen der Nazi-Zeit aufarbeitete.

Bei dem von Deutschland, Finnland und Jordanien eingefädelten Treffen gibt sich die internationale Krisenmanagement-Prominenz die Klinke in die Hand: Zu Gast sind unter anderen der Kosovo-Vermittler Martti Ahtisaari, der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Luis Moreno Ocampo, sowie der UN-Sonderbeauftragte für Konfliktprävention, Jan Egeland. Geladen sind insgesamt 350 Experten, darunter Vertreter von 40 Organisationen, die in Konfliktregionen vermitteln. Das lässt erkennen: Es soll ein Treffen der Praktiker werden und nicht solcher Leute, die Probleme lieber an grünen Tischen lösen.

Münden wird die Konferenz laut Gloser in eine „Nürnberger Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“. Sie soll Regierungen, Justiz, UN und Friedensvermittlern eines Tages als Handlungsempfehlung dienen.